

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

**Siebte Tagung der Konferenz am 17. und 18. Oktober 2016
in Bratislava (Slowakische Republik)**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmer der deutschen Delegation	2
2 Einführung	2
3 Verlauf der Tagung	2
3.1 Sitzung I Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion	3
3.2 Sitzung II Bekämpfung der Steuerhinterziehung in der Europäischen Union	5
3.3 Sitzung III Automatische Stabilisatoren als Bausteine der Architektur der Fiskalunion	6
3.4 Sitzung IV Ein gemeinsames Investitionsprogramm als Instrument der makroökonomischen Stabilisierung der Europäischen Union	8

1 Teilnehmer der deutschen Delegation

An der siebten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (zuvor: Interparlamentarische Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrags) haben folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages teilgenommen:

Abgeordneter **Michael Stübgen** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Joachim Poß** (SPD) und

Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.).

Der Bundesrat war vertreten durch:

Ulrike Hiller, Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit der Freien Hansestadt Bremen und Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit.

2 Einführung

Die Konferenz geht auf Artikel 13 des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 zurück, der die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vorsieht. Diese Konferenz solle der Beratung unter anderem wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen dienen. Die Unterzeichnerstaaten des Fiskalvertrages, zu denen mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Tschechischen Republik alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) gehören, haben sich verpflichtet, einheitliche und dauerhaft verbindliche Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene, aufzunehmen.

Das Aufgabenspektrum und die Modalitäten dieser Konferenz werden durch die Geschäftsordnung bestimmt, die sich die Konferenz am 10. November 2015 gegeben hat. Danach soll sie einen Rahmen für Debatten und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags bieten, der darauf abzielt, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem EP zu stärken. Zugleich solle die Konferenz zur Gewährleistung demokratischer Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) unter Berücksichtigung der sozialen Dimension beitragen – unbeschadet der Zuständigkeiten der Parlamente in der EU.

Die erste Tagung der Interparlamentarischen Konferenz gemäß Artikel 13 Fiskalvertrag fand im Oktober 2013 in Vilnius, Litauen, statt. Die zweimal jährlich tagende Konferenz trat seitdem im Februar 2014 in Brüssel, Belgien, im September 2014 in Rom, im Februar 2015 in Brüssel, im November 2015 in Luxemburg sowie im Februar 2016 in Brüssel zusammen.

Die Delegation des Deutschen Bundestages umfasst in der 18. Wahlperiode neun Abgeordnete, darunter angesichts der Querschnittsaufgabe der Konferenz Mitglieder des Haushaltsausschusses, des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Leiter der Delegation ist der Abgeordnete Ralph Brinkhaus (CDU/CSU).

3 Verlauf der Tagung

Die Delegierten der siebten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über SWKS, die vom Nationalrat der Slowakischen Republik in Bratislava ausgerichtet wurde, befassten sich mit vier Themenschwerpunkten: Am ersten Konferenztag wurden Möglichkeiten und Instrumente für eine Stärkung der sozialen Dimension der WWU sowie Schritte zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung in der EU erörtert. Am zweiten Sitzungstag schloss sich eine Debatte über die Bedeutung automatischer Stabilisatoren als Bausteine der Architektur der Fiskalunion an. Abschließender Beratungsgegenstand war ein gemeinsames Investitionsprogramm als Instrument der makroökonomischen Stabilisierung der EU.

An der Interparlamentarischen Konferenz über SWKS nahmen Delegationen der Parlamente der 28 EU-Mitgliedstaaten und des EP sowie Parlamentarier aus Montenegro, der Türkei und Norwegen sowie Vertreter der Europäischen Kommission, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen teil. Gastredner der vom Vizepräsidenten des Slowakischen Nationalrats, **Andrej Hrnčiar**, eröffneten Konferenz waren unter anderem der Finanzminister der Slowakischen Republik, **Peter Kažimír**, die Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, **Marianne Thyssen**, sowie die Vizepräsidentin des portugiesischen Parlaments, **Teresa Caeiro**.

In seiner Eröffnungsrede skizzierte der Vizepräsident des Slowakischen Nationalrats, **Andrej Hrnčiar**, die Situation der EU zur Zeit der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch sein Land. So betrachte er das Ergebnis des britischen Referendums über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU als Herausforderung für die Union an sich, zugleich aber auch als Momentum für eine dringend notwendige Selbstreflektion der Gemeinschaft, ihrer Institutionen und Verfahren. Die Union befinde sich an einem Scheideweg und müsse eine Richtungsentscheidung treffen zwischen weiterer Fragmentierung und Zerfall einerseits und dem wirklichen Bemühen um zunehmende Kohäsion und tatsächliche Einigkeit andererseits. Er beklagte das Versagen der EU, ihren Bürgern die positiven Leistungen des gemeinsamen europäischen Projekts zu veranschaulichen und zugänglich zu machen. Daher brauche es eine Union, die nachhaltige Lösungen schafft, die greifbare Ergebnisse liefert in Form tatsächlicher Vorteile für Wirtschaft und Bürger, und die sowohl in der Lage als auch bereit ist, den Lebensstandard und die sozialen Bedingungen ihrer Bürger zu verbessern. Die EU müsse vereint, schlüssig, verlässlich und widerstandsfähig auf interne und externe Herausforderungen reagieren, sie müsse funktionsfähig sein und sich ambitionierte Ziele setzen, die sie ohne Verzug erreiche. Die Union müsse ihre Regeln und die Prinzipien ihrer Funktionsweise strikt einhalten und darüber hinaus eine langfristige Vision und Perspektive entwickeln. Mit Blick darauf wolle die slowakische Präsidentschaft ihr anspruchsvolles Ziel mit Nachdruck verfolgen, der EU neue Energie zu verleihen und sie weiterzuentwickeln.

Der Präsident der Konferenz, **Ladislav Kamenický**, Vorsitzender des Finanz- und Haushaltsausschusses des slowakischen Parlaments, legte in seiner Einführung das Augenmerk auf die europäische Vertrauenskrise als eine der vielen Krisen, denen die EU augenblicklich gegenüberstehe. Daraus leite sich eines der zentralen Ziele der slowakischen Ratspräsidentschaft ab, die Stärkung des Vertrauens der Unionsbürger in das europäische Projekt. Vor diesem Hintergrund illustrierte er die vier wesentlichen Prioritäten der Ratspräsidentschaft: ein moderner Binnenmarkt, eine nachhaltige Migrations- und Asylpolitik sowie ein global engagiertes und ein wirtschaftlich starkes Europa. Die letztgenannte Priorität spiegele sich in den Themenkomplexen der Konferenz, in die er anschließend einführte. Professor **Igor Kosír**, Matej-Bel-Universität Banská Bystrica, warf in seinem Referat ein Schlaglicht auf die globalen Herausforderungen, denen Europa hinsichtlich seiner Wettbewerbsfähigkeit gegenüberstehe. Die Ära der vierten industriellen Revolution sei von tiefgreifendem Wandel in sämtlichen Wirtschaftsbereichen, der Wissenschaft und der Technologie gekennzeichnet und strahle intensiv auch auf gesellschaftliche Bereiche, Kommunikation und Bildung aus. Wirtschaft, Außen- und Verteidigungspolitik seien von einer neuen multipolaren Weltordnung geprägt. Neben der G20 seien die Staaten der BRICS-Koordinierungsgruppe Landmarken dieser Multipolarität. Die BRICS-Staaten seien als neue Partner der EU, zugleich aber auch als ihre Wettbewerber zu erkennen und zu behandeln. Mit Blick auf das Vereinigte Königreich stellte er die Frage nach einem harten oder weichen Brexit ebenso in den Raum wie das künftige Verhältnis des Landes zur EU: Partner und transatlantische Brücke oder Rückzug und Isolation?

3.1 Sitzung I – Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion

Der Vorsitzende des Ausschusses für EU-Angelegenheiten des slowakischen Parlaments, **Luboš Blaha**, führte in den ersten Thementeil der Konferenz ein und problematisierte die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in der EU. Sie sei wesentliche Triebfeder für die interne Arbeitsmigration von Ost nach West bzw. Süden nach Norden, die wiederum Jobkonkurrenzen und Frustration und eine zunehmende Europaskepsis in den Zielländern erzeuge. Die EU solle der Unterstützung der Mitgliedstaaten mit der größten Armut mehr Aufmerksamkeit schenken.

Kern des Auftaktbeitrags des für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität zuständigen Mitglieds der Europäischen Kommission, **Marianne Thyssen**, bildete der vorläufige Kommissionsvorschlag zur Schaffung einer Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR). Nach den Ausführungen der Rednerin ziele die ESSR darauf, vier grundlegende soziale Herausforderungen in der EU anzunehmen: die hohe Arbeitslosigkeit, das hohe Maß an Ungleichheit und das große Armutsrisiko in Europa, den Anpassungsbedarf der sozialen Sicherungsnetze an einen immer flexibler werdenden Arbeitsmarkt sowie die im Wesentlichen erfolglosen Konvergenzbemühungen in der Post-Krisen-EU. Sie befördere eine aufwärtsgerichtete Konvergenz und trage dem Bedarf nach einer Stärkung der sozialen Schutzmechanismen Rechnung. Als Schritte zu einer verbesserten Widerstandsfähigkeit der WWU im sozialen Bereich benannte die Kommissarin angesichts zunehmend flexibilisierter Arbeitsmärkte eine angemessene Unterstützung, den Schutz und die Übertragbarkeit sozialer Rechte, eine Stärkung der Sozialgerichtsbarkeit, eine Sozialpolitik, die neuen Formen der Arbeit Rechnung trägt und adäquate Reaktionen auf die Ankunft von Migranten. Ihren endgültigen Vorschlag für eine ESSR wolle die Kommission im Anschluss an das derzeit laufende Konsultationsverfahren im März 2017 vorlegen, konkrete Umsetzungsinstrumente im Laufe des Jahres 2017.

MdEP **Maria João Rodrigues** (S&D) begrüßte den Vorschlag der Europäischen Kommission und unterstrich die politische Bedeutung einer starken ESSR als Schlüsselement bei der Gestaltung der Zukunft der EU. Die langanhaltende Krise in der Eurozone zeige deutlich, dass die WWU durch Instrumente ergänzt werden müsse, mit denen ökonomische Schocks abgemildert und soziale Auswirkungen reduziert werden können. Sie verwies auf die Pläne des EP, einen Bericht hierzu bis zum Januar 2017 zu verabschieden, der damit zum Abschluss des laufenden Konsultationsverfahrens der Europäischen Kommission vorliegen werde. Für das EP sei wichtig, dass die ESSR nicht nur Absichtserklärungen, sondern tatsächliche und konkrete Umsetzungsschritte enthalte. Die Balance in der Funktionsweise der WWU sei wiederherzustellen mit dem Ziel, nachhaltige Konvergenz nach oben zu befördern anstatt zur Verschärfung der Ungleichheiten in und zwischen den Mitgliedstaaten beizutragen. Hierzu seien mit der ESSR erneuerte soziale Standards zu setzen einschließlich gesetzgeberischer Schritte zur Sicherung fairer Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigungsformen. Es bedürfe stärkerer und zielgenauerer Investitionsinstrumente gepaart mit angemessenen Haushaltsspielräumen für soziale Investitionen auf nationaler Ebene, die im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) Berücksichtigung finden müssten. Schließlich sei den besonderen Erfordernissen innerhalb der Eurozone durch die Schaffung einer eigenen Fiskalkapazität Rechnung zu tragen. Diese solle die Wiederherstellung struktureller Konvergenz ermöglichen durch Investitionen, sozialkompatible Reformen und einen Versicherungsmechanismus, der Ländern mit zyklischen Abschwüngen kurzzeitige Unterstützung gewähren könne. Prof. **Zsolt Darvas**, Corvinus-Universität Budapest und Senior Fellow beim Brüsseler Think Tank Bruegel, erinnerte an die Indikatoren, auf die im Verfahren zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte zurückgegriffen werde und die inzwischen ergänzt wurden durch die Beschäftigungsquote, die Langzeit- sowie die Jugendarbeitslosenquote. Der Redner unterstrich die Angemessenheit dieser Indikatoren, zweifelte jedoch an, dass sie ausreichten. Seiner Ansicht nach fehle es an einem Indikator für die Einkommensungleichheit, der erforderlich wäre, um den Grad der Notwendigkeit von Anstrengungen zum Abbau sozialer Ungleichheiten zu messen. Durch die Reduzierung solcher Differenzen werde signifikant zum Abbau makroökonomischer Instabilitäten beigetragen. Die Europäische Kommission teile zwar seine Sicht auf die Bedeutung des Indikators, habe ihn gleichwohl nicht in das Ungleichgewichtsverfahren aufgenommen. Mit Blick auf die bisher durchgeführten Ungleichgewichtsverfahren des sog. Six Pack zeigte sich der Redner skeptisch und enttäuscht über ihre Wirksamkeit. Die im Ergebnis abgegebenen Empfehlungen fänden aufgrund ihrer rein informativen Natur wenig Beachtung und würden von den Mitgliedstaaten zu wenig berücksichtigt. Solange sie nicht zu konkreten Folgeschritten führten, könnten die Verfahren auch nicht zu Verbesserungen beitragen.

Zu Beginn der Debatte kritisierte MdB **Andrej Hunko** (DIE LINKE.) die ESSR als „Scheinriesen“. Der Kommissionsvorschlag ziele lediglich darauf, soziale Indikatoren in das Leistungsscreening der EU aufzunehmen. Aus der Sicht seiner Fraktion DIE LINKE. sei die Situation der sozialen Divergenz in Europa als dramatisch einzuordnen; es fehle an einer europäischen Verankerung sozialer Rechte und Leistungen. Kritisch äußerte sich auch Abgeordnete **Skevi Koutra-Koukouma** (Abgeordnetenhaus, Zypern) und beklagte das geringe Engagement des Rates und der Europäischen Kommission im Bereich der sozialen Sicherung. Für eine Europäisierung dieses Politikbereichs sprach sich Abgeordnete **Maria Spilabotte** (Senat, Italien) aus. Zahlreiche Parlamentarier, darunter Abgeordnete **Silvija Šimfa** (Parlament, Lettland) und Abgeordneter **Davide Baruffi** (Abgeordnetenversammlung, Italien), begrüßten dagegen den Vorschlag der Europäischen Kommission und die ESSR als Element zur Stärkung des Vertrauens in die europäischen Institutionen. Eine Reihe von Delegierten rückte den Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit in der EU in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Nach Auffassung der Abgeordneten **Maria das Mercês Borges** (Versammlung der Republik, Portugal) ist die Beseitigung der „Geißel“ der Arbeitslosigkeit die zentrale Herausforderung für jeden Mitgliedstaat, um den durch sie verursachten „Teufelskreis“ zu durchbrechen. Vor den Gefahren einer Zerstörung der mitgliedstaatlichen Sozialsysteme durch sog. Sozialdumping und den Niedriglohnwettbewerb warnte Abgeordneter **Güler Turan** (Senat, Belgien) mit Unterstützung des Abgeordneten **Gilles Savary** (Nationalversammlung, Frankreich). Mit Blick auf diese Gefahren betonte Abgeordnete **Danielle Auroi** (Nationalversammlung, Frankreich), welche hohe Priorität einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten der Europäischen Union beizumessen sei. Abgeordnete **Gabriela Crețu** (Abgeordnetenversammlung, Rumänien) nahm hierauf Bezug und forderte deutliche regulatorische Schritte zum Abbau der Ungleichheit in Europa. Bundesratsmitglied **Ulrike Hiller** (Bremen) zeigte mehrere Punkte auf, die für eine Stärkung der sozialen Dimension der WWU von zentraler Bedeutung seien: es gelte, gute Sozialstandards, nicht nur Mindeststandards anzustreben, Ungleichheit national und international zu bekämpfen sowie neben der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auch eine Kooperation der Regionen und Kommunen zu fördern. Darüber hinaus verdiene die Initiative der Europäischen Kommission "Europäische Hauptstadt des fairen Handels" größere Aufmerksamkeit.

Zum Abschluss der Debatte vertieften die Eröffnungsreferenten u. a. Fragen der Erfassung und Bekämpfung steigender Ungleichheit in Europa. So unterstrich MdEP **Maria João Rodrigues** (S&D) ihre Sicht auf die ESSR als wichtige Option, mit der ein Katalog gleicher sozialer Rechte in allen Mitgliedstaaten zur Geltung gebracht werden könne; darüber hinaus prägte sie den Begriff eines „Kodex sozialer Konvergenz“.

3.2 Sitzung II – Bekämpfung der Steuerhinterziehung in der Europäischen Union

In ihrer Einführung zum zweiten Thementeil der Konferenz charakterisierte **Dana Meager**, Staatssekretärin im slowakischen Finanzministerium, die aktuelle Situation der Staatsfinanzen in den EU-Mitgliedstaaten als Paradoxon: So stehe auf der einen Seite eine strikte Sparpolitik, die insbesondere mit den Kürzungen im Investitions- und Sozialbereich zur Krisenverschlimmerung und zu Vertrauensverlusten in der Bevölkerung beigetragen habe. Auf der anderen Seite erlaubten lückenhafte Steuersysteme Betrug und Steuervermeidung, die den Staaten auf diese Weise die für ihre Funktion dringend benötigten Ressourcen entzögen. Mit Verweis auf den erfolgreichen Aktionsplan der slowakischen Regierung von 2012 sprach sie sich dafür aus, die Steuerhinterziehung effektiv zu bekämpfen. Dabei hob sie anhand konkreter Beispiele grenzüberschreitenden Steuerbetrugs die Bedeutung eines umfassenden Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten besonders hervor. Hierzu rief sie den Vorschlag des slowakischen Finanzministeriums zur Nutzung der sog. JITSIC-Plattform der OECD (Joint International Taskforce on Shared Intelligence and Collaboration) in Erinnerung, der vom Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) auf seiner Tagung vom 11. Oktober 2016 indossiert worden sei. Sie zeigte sich zuversichtlich, dass damit der gemeinsame Kampf gegen Steuerbetrug und -hinterziehung auf eine höhere Stufe gebracht werde, und appellierte insbesondere an die nationalen Parlamente, für faire Steuergesetzgebung mit weniger Schlupflöchern zu sorgen und den innereuropäischen Steuerwettbewerb zu durchbrechen.

Die weiteren Gastredner vertieften sowohl konkrete Methoden der Steuerhinterziehung und -vermeidung als auch Strategien zu ihrer adäquaten Bekämpfung. Prof. **Prem N. Sikka** (University of Essex) brandmarkte die auf Steuergestaltung gerichteten Geschäftsmodelle großer Unternehmensberatungsgesellschaften, darunter KPMG, Ernst & Young und PricewaterhouseCoopers, wörtlich als Steuervermeidungsindustrie, die sich auf die Identifizierung und Nutzbarmachung von Steuerschlupflöchern konzentriere. Er empfahl dringend eine Abkehr von der lässigen bis fehlenden Verfolgung nachweislich rechtswidriger Steuergestaltungsmodelle dieser Unternehmen durch die Mitgliedstaaten, und endlich Intensivierungsschritte nach US-amerikanischem Vorbild zu ergreifen. Der Vertreter der Generaldirektion Steuern und Zölle der Europäischen Kommission, **Bernardus Zuijendorp**, erläuterte jüngste und künftige Initiativen seines Hauses im Bereich der Steuertransparenz. Dabei verwies er auf das Paket zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung vom Januar 2016 sowie auf den Aktionsplan „Faire und effiziente Unternehmensbesteuerung“ vom Juni 2016, der insgesamt fünf Schlüsselziele verfolge. Hierzu gehörten u. a. die Verfolgung eines ganzheitlichen Ansatzes bei der Behandlung von Gewinnverlagerungen und die Sicherstellung fairer Versteuerung am Ort der Gewinnentstehung. Weiterhin kündigte der Redner konkrete Initiativen der Europäischen Kommission für die bevorstehenden Wochen an, darunter die Wiederaufnahme der Arbeiten an einer Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) und die Erarbeitung einer gemeinsamen Liste unkooperativer Staaten und Jurisdiktionen in der Folge der sog. Panama Papers. Prof. **Richard Murphy** (City University London) richtete sein Augenmerk auf das Phänomen der Steuerhinterziehung, das das der Steuervermeidung um ein mehrfaches überlege. Er schätzte die EU-weite Steuerlücke auf eine Billion Euro, von denen ca. 800 Milliarden der überwiegend inländischen Steuerhinterziehung zuzuschreiben seien. Aus seiner Sicht stelle der Kampf gegen die Steuerhinterziehung eine Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg kleiner und mittlerer Unternehmen dar; gerade diese seien angesichts ihrer limitierten Ressourcen in besonderem Maße durch Steuerhinterzieher bedroht. Die Praxis des automatischen Datenaustauschs kritisierte er hinsichtlich der erfassten und ausgetauschten Daten. Diesem System mangle es insbesondere an den essentiellen Inlandsdaten über die Eigentümer bzw. wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen. Daher forderte er neben einer umfassenden technischen und regelmäßigen Analyse der Steuerlücke die Neuausrichtung des politischen und steueradministrativen Fokus auf die inländische Steuerhinterziehung sowie zügige Investitionen in die Steuerbehörden einschließlich des Auf- bzw. Ausbaus von Gewerberegistern. MdEP **Fabio de Masi** (GUE/NGL), stellvertretender Vorsitzender des sog. Panama-Papers-Untersuchungsausschusses des EP (PANA), warnte vor einer Spaltung der Gesellschaft in Europa in einen armen und einen reichen Teil sowie vor dem Eindruck, dass für letzteren die Steuergesetzgebung nicht gelte. Vor dem Hintergrund des damit verbundenen Vertrauensverlustes in die Institutionen der Mitgliedstaaten wie der Union stelle dies eine große Gefahr für die Demokratie dar. Der Redner beleuchtete strukturelle Problemursachen in der Konstruktion des Binnenmarktes. Da dieser die Voraussetzungen für Kapitalverschiebungen schaffe, sei seine rechtskonforme Beschränkung zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung erforderlich. Hierzu gehörten neben der Behandlung der Teileinheiten multinationaler Unternehmen als ein Unternehmen ungeachtet des Sitzlandes spezifische Begrenzungen der Kapitalverkehrsfreiheit im

rechtlich möglichen Umfang sowie die Instrumentalisierung des EU-Wettbewerbsrechts zur Steuerbetrugsbekämpfung.

In der sich anschließenden Debatte stimmte die Mehrheit der Wortmeldungen hinsichtlich der Notwendigkeit überein, einen gemeinsamen und einheitlicheren Ansatz im Kampf gegen die Steuerhinterziehung zu verfolgen. Dabei sei eine Verbesserung der Steuertransparenz unausweichlich. Wie zahlreiche andere Delegierte begrüßte MdB **Joachim Poß** (SPD) die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung. Zugleich appellierte er an die nationalen Parlamente, schnell und gezielt zu handeln. Die Lösung der Probleme, die die staatliche Unterstützung von Steuervermeidungsstrategien multinationaler Unternehmen verursache, dürfe nicht zur Daueraufgabe der europäischen Wettbewerbschüter werden. Lösungsansätze für das in den Auftaktreferaten aufgeworfene Problem der Steuerbehörden bei der Feststellung und Registrierung der Eigentümer bzw. wirtschaftlich Berechtigten eines Unternehmens war Gegenstand zahlreicher Beiträge in der Debatte. Da Steuerhinterzieher aus der Nichtfeststellbarkeit wesentliche Vorteile für ihre Geschäftsmodelle zögen, beklagte MdEP **Jeppe Kofod** (S&D) mangelhafte Register in den EU-Mitgliedstaaten und kritisierte das Fehlen eines europaweiten gemeinsamen Unternehmensregisters. Abgeordneter **Timo Harakka** (Reichstag, Finnland) verwies modellhaft auf aussagekräftige Registrierungssysteme in Finnland und Norwegen und kritisierte zugleich den entsprechenden Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission, der der Forderung nach einer wirksamen Registrierung zuwiderlaufe. Aus Sorge vor der Abwanderung von Unternehmen in einer globalisierten Wirtschaftswelt warnte Abgeordneter **Marios Mavrides** (Abgeordnetenhaus, Zypern) vor europäischen Alleingängen und forderte mehr Engagement für ein internationales Vorgehen gegen die Steuerhinterziehung und -vermeidung. Abgeordneter **Peter Burke** (Parlament, Irland) mahnte mit Blick auf die nationale Gesetzgebungskompetenz im Steuerbereich ein vorsichtiges Vorgehen der Europäischen Kommission an, um die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten nicht zu überfordern.

In ihren Rückäußerungen zu den Schwerpunkten und Fragen der Debatte äußerten sich Prof. **Prem N. Sikka** und Prof. **Richard Murphy** kritisch zu den Kommissionsvorschlägen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie zur Neuauflage der GKKB. Teile der GKKB-Initiative griffen zu kurz, so hinsichtlich der Identifizierung der wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen und einer Treuhänderregelung. Der Erfolg der GKKB hänge auch von der Qualität der Rechnungslegungsdaten ab; die bisherigen Standards genügten den gestiegenen Anforderungen nicht. MdEP **Fabio de Masi** ergänzte die Kritik durch seine Warnung vor einer Verschärfung des Steuerwettbewerbs der Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Steuersätze im Anschluss an die angestrebte Harmonisierung der Bemessungsgrundlage im Rahmen der GKKB-Gesetzgebung.

3.3 Sitzung III – Automatische Stabilisatoren als Bausteine der Architektur der Fiskalunion

In den Debatten des dritten Sitzungsteils über die Rolle sog. automatischer Stabilisatoren in der EU wurden unterschiedliche Instrumente für eine Stabilisierungsfunktion auf EU-Ebene diskutiert, u. a. eine europäische Arbeitslosenversicherung und ein eigener Eurozonen-Haushalt. In die Sitzung führte der Vorsitzende des slowakischen Rats für Haushaltsverantwortung, **Ivan Šramko**, ein.

Als erster Redner wies der ehemalige EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Inklusion **László Andor** darauf hin, dass die zunehmende Divergenz zwischen Kern- und Peripherieländern das zentrale Problem in der EU sei. Schon vor Flüchtlingskrise und Brexit-Votum sei die EU in der Krise gewesen, die Architektur der WWU habe sich als anfällig erwiesen. Von 2011 bis 2014 sei nur das kurzfristige „Überleben“ der Eurozone das Ziel gewesen, was schwierige soziale Folgen mit sich gebracht habe. Nun sei das Wiedererreichen des Gleichgewichts das Ziel. Es gebe verschiedene Modelle, etwa eine europäische Arbeitslosenversicherung; auch die gemeinsame Einlagensicherung der Bankguthaben sei noch nicht erreicht. Er plädierte für eine bessere europäische Koordinierung der Wirtschaftspolitik anstelle der Verfolgung seines Erachtens willkürlicher Ziele wie der „Schwarzen Null“. Nachfrage und Kaufkraft müssten in Mitgliedstaaten mit Anpassungsbedarf verlagert werden, was mit einer Umwidmung von Mitteln auf die Bedürftigen einherginge. Die soziale Zielrichtung fehle weiterhin in der WWU. Bei Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung komme es darauf an, dass die Mitgliedstaaten für die strukturelle Arbeitslosigkeit zuständig blieben und nur die konjunkturelle Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene abgedeckt werde. Fraglich sei indes, ob noch genügend politisches Kapital vorhanden sei, um die Divergenzen zwischen Zentrum und Peripherie der WWU abzubauen. Für die Europäische Kommission bestätigte anschließend **Marco Buti**, Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen, dass derzeit wenig politischer Wille zur Vollendung der WWU vorhanden sei. Es müssten mehr europäische öffentliche Güter angeboten werden, etwa im Bereich der Flüchtlingsmigration. Zu den bereits vorhandenen nationalen automatischen Stabilisatoren wie den Arbeitslosenversicherungs- und den Einkommensteuersystemen merkte er an, dass diese zu spät wirkten und lediglich ein Nebenprodukt anderer staatlicher Leistungen

sein, was nicht notwendigerweise adäquat sei. Zwar könne dies teilweise auch auf nationaler Ebene verbessert werden, doch genüge dies bei weitem nicht, so dass es einer europäischen Fiskalkapazität für unübliche Situationen bedürfe. Bei sog. asymmetrischen Schocks sei die Notwendigkeit einer europäischen Lösung in der Eurozone umstritten, bei symmetrischen Schocks sei eine Kombination aus nationaler Lösung und europäischer Fiskalkapazität vorzugswürdig. Gleichwohl sei auch die private Stabilisierung durch die umzusetzende Kapitalmarktunion wichtig. Gemeinsam mit Kollegen habe er erforscht, dass die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung in den USA durch private Risikoteilung über den Kapitalmarkt viel umfangreicher als in der Eurozone sei. Daneben solle eine Fiskalkapazität in der Eurozone nur unter unüblichen Umständen genutzt werden können; eine Feinsteuerung der Gesamtwirtschaft sei zu vermeiden. Die Fiskalkapazität solle zur Finanzierung von Investitionen und zur Bereitstellung europäischer öffentlicher Güter eingesetzt werden. Zudem müsse der Aufbau einer Fiskalkapazität mit einer strikteren Umsetzung des SWP Hand in Hand gehen. Das Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des EP, MdEP **Pervenche Berès** (S&D), wies anschließend in ihrer Ansprache auf den von ihr gemeinsam mit MdEP **Reimer Böge** (EVP) erstellten Bericht zur Einführung einer Fiskalkapazität hin. Die Gründe dafür, dass es derzeit noch keine europäische Fiskalunion gebe, seien die vorherrschende Verdrossenheit, insbesondere der sog. deutsch-französische Motor funktioniere nicht mehr wie gewohnt, sowie das sog. Brexit-Votum im Vereinigten Königreich. Jedoch könne ein Austritt der Briten auch eine Chance für die Vertiefung der WWU sein. In der Krise hätten die automatischen Stabilisatoren auf Eurozonen-Ebene prozyklisch gewirkt und somit die Krise noch verschärft. An einer zukünftigen Stabilisierungsfunktion müsse auch der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) mitwirken. Sie setze ihre Hoffnung in das für März 2017 angekündigte Weißbuch der Europäischen Kommission zur Vertiefung der WWU.

In einem weiteren Beitrag merkte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des EP, MdEP **Jean Arthuis** (ALDE), an, dass die EU der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt hätte werden können. Allerdings gebe es zwei Visionen für die EU. Dies sei u. a. darin zum Ausdruck gekommen, dass der SWP zunächst nur „Stabilitätspakt“ heißen sollte, was dann zu „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ erweitert worden sei. Die Haushaltskonsolidierung sei gescheitert, weil es keine gemeinsame Governance gebe; die Europäische Kommission sei ohne Eingriffs- und Durchsetzungskompetenz geblieben. Auch den länderspezifischen Empfehlungen fehle eine echte Umsetzungskontrolle, weshalb sie nicht ernstgenommen würden. Heute wollten viele wieder ihre nationale Währung zurückhaben. Diese Problemlage zeige, dass die Einführung eines Haushalts der WWU nötig sei, vielleicht in Form eines sog. Schlechtwetterfonds oder einer europäischen Arbeitslosenversicherung gegen asymmetrische Schocks. Die Europäische Zentralbank (EZB) allein könne derartige Probleme nicht lösen. Es bedürfe vielmehr eines über jeglichen Interessenkonflikt erhabenen Eurozonen-Finanzministers. Als letzter der Redner des Podiums zu diesem Sitzungsteil äußerte für das gastgebende Land der Berater des slowakischen Finanzministeriums, **Michal Polak**, dass man in der Slowakischen Republik an die europäischen Fiskalregeln glaube, dass dies jedoch einer Fiskalkapazität nicht widerspreche. In der Rezession sei eine Haushaltskonsolidierung schwierig. Die WWU erfordere einen gemeinsamen Haushalt nebst Finanzminister; zur Begrenzung negativer sozialer Folgen bedürfe es aber auch einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung. Jedoch dürfe eine solche Fiskalkapazität nicht zu strukturell einseitigen Transfers führen. Vielmehr sei das seit langem in der Privatwirtschaft bekannte Prinzip der Versicherung als Leitbild heranzuziehen. In kleinen offenen Volkswirtschaften wie der Slowakischen Republik seien nationale Stabilisierungsmaßnahmen wenig effektiv, zumal bei festen Wechselkursen. Die Fiskalkapazität müsse auch auf die Tagesordnung des gesamten ECOFIN-Rats gesetzt werden, da auch die Nichtmitglieder der Eurozone einmal die gemeinsame Währung einführen würden, weshalb sie mitdiskutieren können müssten. Man warte gespannt auf die Vorlage des Weißbuchs durch die Europäische Kommission.

In der folgenden Debatte schloss sich Senator **François Marc** (Senat, Frankreich) der mehrfach erhobenen Forderung nach einem Eurozonenbudget zur Erhöhung der Investitionen sowie zum Schutz gegen Schocks an. Dabei könnten existierende Mechanismen genutzt werden. Konkret schlug er den ESM als Basis eines solchen zukünftigen Haushalts vor. Abgeordneter **Paulo Trigo Pereira** (Versammlung der Republik, Portugal) äußerte, entweder schaffe man gemeinsame Instrumente wie automatische Stabilisatoren, Bankenunion und Fiskalunion, oder die WWU werde zerbrechen. Bezogen auf die Rede des Generaldirektors der Kommission, Marco Buti, kritisierte er dessen Aussage, man müsse nur die Gefahr symmetrischer Schocks angehen. Dies werde nicht ausreichen, vielmehr bedürfe es auch Fiskaltransfers. Abgeordneter **Christophe Caresche** (Nationalversammlung, Frankreich) sprach sich ebenfalls für die Einführung einer Fiskalkapazität aus, wollte dieser aber nur eine begrenzte Funktion zubilligen und warnte vor möglichen Fehlanreizen. Abgeordneter **Karel Fiedler** (Abgeordnetenhaus, Tschechische Republik) mahnte, eine Fiskalkapazität sei auch kein Allheilmittel, sondern weise Nachteile auf, wie etwa die Beiträge von Generaldirektor Buti und MdEP Berès gezeigt hätten. Einige Mitgliedstaaten sollten aufpassen, dass sie nicht zu hohe Haushaltsüberschüsse anhäufen. Abgeordneter **Francesco**

Cariello (Abgeordnetenkommission, Italien) sagte, man brauche statt eines Stabilisators einen Aktivator, statt eines Stabilitätspakts einen Wachstumspakt. Es müsse das Gaspedal gedrückt, Zusammenhalt geschaffen werden. Auch die Diskussion über Eurobonds solle wiederaufgenommen werden. MdEP **Jonás Fernández Álvarez** (S&D) merkte an, die Unterscheidung zwischen privat und öffentlich werde häufig übertrieben; schließlich müsse eine private Versicherung letztendlich im Krisenfall auch durch den Staat unterstützt werden.

In seiner Antwort auf die Debattenbeiträge der Parlamentarier sagte **Laszlo Andor**, er freue sich über den Zusage. Die Bertelsmann-Stiftung habe schon 2013/2014 zum Thema Fiskalkapazität gute Arbeit geleistet und bereits seit zwei Jahren gebe es eine Ministerbeteiligung zu dem Thema – das gehe zu langsam voran; der damalige US-Präsident Roosevelt habe in den 1930er Jahren in wenigen Monaten eine Arbeitslosenversicherung eingeführt. **Marco Buti** betonte noch einmal, Sinn und Zweck einer Fiskalkapazität in der Eurozone dürfe nicht die Stabilisierung der konjunkturellen Fluktuationen des Alltags sein – dies sollten die Mitgliedstaaten allein leisten können. Vielmehr solle die EU nur für größere Konjunkturschwankungen zuständig sein. Vitor Gaspar vom Internationalen Währungsfonds (IWF) habe zwischen drei Möglichkeiten dazu unterschieden: einem Umbau des ESM, dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) und einem EU-Haushaltsposten. Für eine Rückversicherung sei letztere Option am geeignetsten. Darüber hinaus müsse die vertikale Abstimmung zwischen nationalen Haushalten und dem EU-Haushalt verbessert werden, etwa gemäß dem 2003 im sog. Sapir-Bericht gemachten Vorschlag. Dauerhafte Transfers seien ebenso wie Eurobonds nicht notwendig. MdEP **Berès** ergänzte ihre vorigen Aussagen dahingehend, dass auf EU-Ebene viel mehr in Bildung investiert werden müsse. Der EFSI sei ein sehr wichtiges Symbol dafür, dass man die lange vernachlässigten Investitionen nun erhöhe. MdEP **Arthuis** schlug vor, nationale Mittel für eine europäische Fiskalkapazität bereitzustellen, vielleicht ein Prozent des BIP. **Michal Polak** ergänzte, in dem zu schaffenden „Schlechtwetterfonds“ sei ein Finanzpuffer aufzubauen. Die Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung stelle einen ganz anderen Ansatz dar, da sie asymmetrisch wirke und daher keines Fonds bedürfe, da immer zugleich Überschüsse in den einen und Defizite in den anderen Mitgliedstaaten vorlägen. Die Bankenunion benötige unbedingt eine gemeinsame Einlagensicherung, wie etwa in Kanada.

3.4 Sitzung IV – Ein gemeinsames Investitionsprogramm als Instrument der makroökonomischen Stabilisierung der Europäischen Union

Die Debatte über ein gemeinsames Investitionsprogramm wurde von der Abgeordneten **Katarína Cséfalvayová**, der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des slowakischen Nationalrats, moderiert. Sie erinnerte einleitend daran, dass makroökonomische Instrumente wie der EFSI die europäische Wirtschaft wieder stärken könnten.

Die sich anschließenden Redebeiträge offenbarten die einhellige Auffassung, dass Investitionen der Schlüssel zur Überwindung der anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase seien. Eine zentrale Rolle wurde dabei dem EFSI zugesprochen, mit dem von 2015 bis 2018 zusätzliche Investitionen im Volumen von mindestens 315 Milliarden Euro generiert werden sollen und für den die Europäische Kommission eine Laufzeitverlängerung bis 2020 sowie eine Erhöhung des Ziel-Finanzvolumens auf 500 Milliarden Euro vorgeschlagen hat, was von den Konferenzteilnehmern weit überwiegend begrüßt wurde. Der slowakische Finanzminister **Peter Kažimír** erläuterte in seiner Rede die mögliche Rolle des EFSI als makroökonomischer Stabilisator im Sinne eines Schockabsorptionsmechanismus. Die WWU sei derzeit unvollständig. Die EZB könne mit ihrer für das Währungsgebiet einheitlichen Zinspolitik nicht auf unterschiedliche Stabilisierungserfordernisse in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten eingehen. So könnten sowohl Hochkonjunktoren als auch Rezessionen in einzelnen Mitgliedstaaten nicht ausbalanciert werden. Es fehle ein Schockabsorptionsmechanismus für die Eurozone. Ein gemeinsames Investitionsprogramm wie der EFSI könne ein solcher Mechanismus sein. Allerdings sei darauf zu achten, dass dadurch kein „Moral Hazard“ durch einseitige Transferflüsse zwischen den Mitgliedstaaten erzeugt werde. Auch sei der EFSI kein Instrument zur Bewältigung schon entstandener Krisen, hierfür gebe es den ESM. Mehrere Mitgliedstaaten seien der Meinung, der EFSI könne kein automatischer Stabilisator sein, andere Mitgliedstaaten sähen den ESM als Nukleus eines Stabilisators. Schwierig zu beurteilen sei beim EFSI der Grad an Additionalität; der EFSI dürfe keine privaten Investitionen verdrängen, sondern müsse zusätzliche generieren. Derzeit werde der EFSI aus Mitteln des EU-Haushalts und der EIB finanziert; die Mitgliedstaaten hätten keinen Anreiz, sich direkt mit finanziellen Beiträgen zu beteiligen, da unklar sei, in welchen Mitgliedstaat die Mittel anschließend durch den EFSI gelenkt würden, da dies bislang allein von der Rendite der zu fördernden Projekte abhängt. Ein Kompromiss könnte darin bestehen, dass Mitgliedstaaten garantiert würde, dass mindestens Mittel in Höhe ihrer Beiträge für Projekte in ihrem Land bewilligt werden. Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des EP, MdEP **Roberto Gualtieri** (S&D), stellte in seiner Ansprache generell die Forderung nach einer europäischen Fiskalkapazität auf, da die europäischen Fiskalregeln der nationalen

Fiskalpolitik die Möglichkeit zum Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren nähmen. Derzeit seien höhere Staatsausgaben in der Eurozone angezeigt, um die Geldpolitik zu entlasten. Jedoch verhindere der SWP das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren. Die Europäische Kommission müsse der fiskalischen Gesamtausrichtung („fiscal stance“) der Eurozone im Rahmen des SWP größeres Gewicht einräumen. Gerade nach dem Brexit-Votum der Briten müsse nun eine Fiskalkapazität eingeführt werden.

Gerassimos Thomas, Vorsitzender des EFSI-Lenkungsrats, legte dar, dass in der Eurozone seit Ausbruch der Krise eine Investitionslücke bestehe, die noch immer nicht habe geschlossen werden können. Der EFSI habe aber soweit ein gutes Zwischenergebnis vorzuweisen; zwischen Juli 2015 und Ende September 2016 sei bereits ein Drittel der Mittel des EFSI abgerufen worden. Allerdings müssten die geographische Verteilung und die Additionalität der genehmigten Projekte verbessert werden. Der EFSI sei nachfrageorientiert ausgerichtet und solle Marktschwächen ausgleichen; er sei jedoch nicht als Stabilisierungsmechanismus geeignet, da seine Nutzung zu große zeitliche Verzögerungen aufweise. Die vorgeschlagene Verlängerung des EFSI sei sinnvoll, jedoch handle es sich nur um ein Übergangsinstrument zu einer echten Fiskalkapazität. Neben der kurzfristigen Nachfrageerhöhung bedürfe es auch eines langfristigen Anstiegs der Produktivität. Die Vizepräsidentin des portugiesischen Parlaments, Abgeordnete **Teresa Caeiro**, wies auf die sehr schwierige Lage in der Eurozone hin. Es habe sich gezeigt, dass die Geldpolitik Grenzen habe. Als Antwort auf ein Marktversagen müssten die Investitionen erhöht werden. Portugal sei schon immer für den EFSI gewesen, da es dringend mehr Investitionen zur Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit brauche. Allerdings müssten die drei EFSI-Säulen optimal zusammenwirken. Der Ökonom **Andrew Watt** vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung äußerte, die ökonomischen Ursachen schwacher privater Investitionen seien bereits 1936 von John Maynard Keynes in der „General Theory of Employment, Interest and Money“ analysiert worden. In der derzeitigen wirtschaftlichen Lage seien öffentliche und private Investitionen nicht als Konkurrenten, sondern als Komplementäre zueinander zu sehen. Denn wenn die Wirtschaftssubjekte Bargeldhaltung und andere sichere Anlagen bevorzugten, sei die Geldpolitik wirkungslos. In dieser Situation seien öffentliche Investitionen ein „free lunch“, das keine privaten Investitionen verdränge. Dass die öffentlichen Investitionen gleichwohl kaum ausgedehnt würden, sei als Politikversagen zu bezeichnen, dessen Gründe in einer anti-keynesianischen Ideologie in Deutschland sowie einem anti-makroökonomischen Denken zu sehen seien. Die „dummen“ fiskalischen Regeln beschränkten die Mitgliedstaaten, und der einzige Mitgliedstaat mit nennenswertem fiskalischem Spielraum nutze diesen teils aus ideologischen Gründen nicht. Der Juncker-Investitionsplan sei an sich vernünftig, aber nicht ausreichend. Als Lösung der Problematik komme etwa die sog. Goldene Regel in Betracht, wonach die Nettoinvestitionen eines Staates stets durch Verschuldung zu finanzieren seien. Auch grenzüberschreitend wirkende automatische Stabilisatoren, eine steuer- und wirtschaftspolitische Koordinierung, eine monetäre Finanzierung durch die EZB, eine Berücksichtigung der „fiscal stance“ im Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten, ein Fiskalrat mit mehr Zuständigkeiten oder nationale Konvergenzräte (anstelle von Wettbewerbsräten) könnten zur Krisenbewältigung beitragen.

In der sich anschließenden Diskussion betonte Abgeordnete **Lolita Čigāne** (Parlament, Lettland) die Wichtigkeit der Kohäsion und berichtete, dass die drei baltischen Staaten jüngst den Bau einer baltischen Nord-Süd-Eisenbahn vereinbart hätten. Auch Senator **Paolo Guerrieri Paleotti** (Senat, Italien) schloss sich der Ansicht an, der EFSI solle aufgestockt werden. Dies sei auch auf der IWF-Jahrestagung Konsens gewesen. Allerdings brauche es statt eines Investitionsplans eine Investitionsstrategie, die die Investitionen nach ihrer Priorität gewichte. Abgeordneter **Sir William Cash** (Unterhaus, Vereinigtes Königreich) wies auf das fehlende Vertrauen in nationale Regierungen und EU hin und brachte zum Ausdruck, dass die im Fünf-Präsidenten-Bericht vorgeschlagenen Reformen unmöglich umgesetzt werden könnten. Die wirtschaftliche Situation sei immer noch sehr gefährlich. **Baroness Kishwer Falkner of Margravine** (Oberhaus, Vereinigtes Königreich) erinnerte an das von dem Ökonomen Dani Rodrik aufgestellte sog. Trilemma der Globalisierung, wonach immer höchstens zwei der drei Konzepte Nationalstaat, Demokratie und Globalisierung zugleich verwirklicht werden könnten. Sie forderte eine stärkere Konzentration auf das Problem mangelnder demokratischer Rechenschaftspflicht in der Debatte über die europäische Investitionspolitik.

MdB **Michael Stübgen** (CDU/CSU) wies darauf hin, dass die Europäische Kommission faktisch bereits entschlossen zu sein scheine, den EFSI zu verlängern, obwohl die unabhängige Evaluierung noch ausstehe. Der EFSI funktioniere insgesamt sehr gut, jedoch gingen 92 Prozent der Mittel in die sog. alten Mitgliedstaaten, was eine geographische Unausgewogenheit aufzeige. Griechenland und andere sog. Programmländer seien weit unterrepräsentiert. Die Gründe hierfür (beispielsweise administrative Schwächen) müssten ermittelt werden. Eine Verknüpfung des EFSI mit dem Europäischen Semester sei zu erwägen.

Zum Abschluss der Debatte erwiderte MdEP **Gualtieri**, das Einstimmigkeitserfordernis sei in manchen Bereichen ein Hindernis, jedoch könnten etwa der EFSI, eine europäische Arbeitslosenversicherung oder eine andere Form der Fiskalkapazität mit qualifizierter Mehrheit ausgebaut bzw. eingeführt werden. Bezüglich des sog. Trilemmas der Globalisierung sagte er, wenn in der EU die demokratische Rechenschaftspflicht gegenüber dem EP erhöht würde, müsste man sich nicht mehr so stark in nationale Angelegenheiten einmischen. **Andrew Watt** mahnte, die internen Ungleichgewichte in der Eurozone müssten adressiert werden, so dass etwa Investitionen in Griechenland vorzugswürdig seien, da sie dort stärker benötigt würden. Aber auch Deutschland müsse mehr investieren, um die Löhne und in der Folge die Inflation zu erhöhen.

Berlin, den 20. Januar 2017

Michael Stübgen

Für den Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages

